



Jürgen Reulecke

Das „Wendejahr 1917“

Eine historische Verortung der Gründung der Gießener Hochschulgesellschaft

Wann und wie endete das sogenannte „lange 19. Jahrhundert“ in Deutschland, aber auch in vielen anderen Staaten der Welt? Seit langem kreisen die recht kontroversen Beantwortungen dieser Frage im Wesentlichen um das Jahr 1914 oder um die Jahreswende 1918/19. Im Mittelpunkt stehen dabei die staatspolitischen und militärischen Umbruchverhältnisse entweder bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs oder bei Kriegsende. Seit kurzem wird jedoch zunehmend das Jahr 1917 als das Jahr interpretiert, in dem man „endgültig im 20. Jahrhundert angekommen“ sei, und zwar „weltumspannend“, dies nicht zuletzt auch im kulturellen Bereich und im Hinblick auf die Lebensformen.¹ Dass das Kriegsjahr 1917 von entscheidenden militärischen und politischen Ereignissen bestimmt war, ist ja in allen Geschichtsbüchern zu lesen: Erinnert sei nur an die mörderischen Flandernschlachten ab Juni 1917 mit ihren Auswirkungen auf die Heimatfront, an die englische Nordseeblockade und die deutschen Luftangriffe auf London, an die Schlachten an der Ostfront, z.B. um Riga im Herbst 1917, aber auch in Italien, in der Türkei und in Ostafrika. Zentrale Bedeutung hatte im April des Jahres vor allem auch der Kriegseintritt der USA unter dem Präsidenten Wilson sowie – nachdem Lenin quer durch Deutschland von Zürich aus per Bahn Ende April nach Sankt Petersburg gefahren war – der Beginn der revolutionären Ereignisse zwecks Niederschlagung der Zarenregierung, die dann in die Oktoberrevolution mündeten und schließlich im Dezember 1917 in Brest-Litowsk zu Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten führten. Etwa seit Jahresbeginn 1917 begann jedoch, worauf in den Geschichtsbüchern lange Zeit nicht hingewiesen worden ist, auch ein erheblicher psychohistorischer Wandel der Kriegslagebeurteilung infolge der bisherigen

erschütternden „Erfahrungsräume“ und der nun immer deutlicher und bedrohlicher werdenden „Erwartungshorizonte“ (Reinhart Koselleck) im Hinblick auf ein Kriegsende. Der damals 44-jährige Philosoph Theodor Lessing, der das Umgehen mit Geschichte als einen rückblickenden Sinngebungsversuch der „Lebendgebliebenen über die Toten“ bezeichnet hat, formulierte bereits an der Jahreswende von 1916/17, dieser Krieg sei inzwischen zu einem „Symptom des Menschheitsirrsinns“ geworden.² Und gegen Ende dieses Jahres hat der „rote Graf“, der Schriftsteller, Mäzen, Pazifist und Diplomat Harry Graf Kessler (1868–1937), vorausgesehen, dass 1917 „den größten Umschwung in der Weltlage“ hervorgerufen habe und deshalb „eines der denkwürdigsten Jahre der Weltgeschichte“ sei.³ Zunächst jedoch war dieses Jahr für viele Menschen ganz konkret ein „Schlüsseljahr“, d.h. das Jahr einer großen „militärischen, sozialen und politischen Erschöpfung“ mit einem Auseinanderdriften von „Gemeinwirtschaft und Kriegssozialismus bis zur Volksgemeinschaft.“⁴ Ehe es dann trotz einer sich ab 1917 infolge dieser Erschöpfung anbahnenden „Politikwende“ noch einmal für kurze Zeit, nämlich bis zum Sommer 1918 zu einer „zweiten Mobilisierung“ mit einer sich ausbreitenden Erwartung eines „Siegfriedens“ kam – dies vor allem angesichts der revolutionären Ereignisse bzw. des Kriegsendes im Osten.

Stichwort 1917 als „Jahr der großen Erschöpfung“, aber auch einer entscheidenden und zukunftsweisenden „Politikwende“ mit immensen psychohistorischen Folgen für große Teile der Bevölkerung: Dazu ließe sich vieles berichten. Exemplarisch sollen im Folgenden nur drei Erfahrungsfelder ein wenig angesprochen werden. Da ist als *erstens* der Bereich „Hunger“ zu nennen. Eine Entstehung mas-

siver Herausforderungen in Richtung Ernährung der Bevölkerung hatte man in den ersten Kriegsjahren kaum angenommen! Dass die deutsche Nahrungsmittelversorgung fast zu einem Drittel aus dem Ausland stammte, war nicht als Bedrohung angenommen worden. Vor allem der Steckrübenwinter 1916/17 und die englische Seeblockade der Nordsee führten aber dann dazu, dass die Nahrungsmittelversorgung katastrophal wurde und für die Masse der Bevölkerung der lebensnötige Kaloriengehalt der noch irgendwie beschaffbaren Nahrungsmittel auf die Hälfte des normalen Mindestbedarfs sank. Die Folge war, dass etwa 700.000 Deutsche an Unterernährung starben – ein Drittel der Zahl der deutschen Soldaten, die gleichzeitig an den Fronten umkamen. Eine sich besonders in den Unterschichten krass ausbreitende Demoralisierung war die Folge. Hamsterfahrten und Schwarzmarkt, Diebstähle, Betrügereien, Hungerkrawalle grassierten zunehmend, was 1917 zu ganz erheblichen sozialen Konflikten führte, an denen nicht zuletzt auch die weibliche Bevölkerung stärker beteiligt war. Eine deutliche Schwächung der Heimatfront sowie eine stark zunehmende Kriegsmüdigkeit waren die Folge. Die Nahrungsmittelproduzenten, vor allem die Bauern gerieten dabei wegen angeblicher und oft zum Teil auch tatsächlicher Profitinteressen und Ausbeutungsstrategien in die Schusslinie. Eine massiv sinkende Wirtschaftsmoral bei den Produzenten wie bei den Konsumenten war die Folge. Bemühungen kommunaler Behörden, zum Beispiel durch die Organisation von Einkaufsfahrten für die hungernde Stadtbevölkerung in Agrargebiete hatten nur geringe Erfolge. Nach dem Kriegsende bewirkten dann die militärischen und politischen Konsequenzen sowie die Hyperinflation, dass in vielerlei Bereichen die Kluft zwischen den Produzenten und den Konsumenten noch lange nachwirkte und schwerwiegende Folgen hatte – dies auch in Richtung auf krass gegensätzliche Vorwürfe von beiden Ufern gegen die staatliche Sozialpolitik im Blick auf rechtliche Regelungen im Bereich der Volksernährung. Ein massiver *zweiter* Umbruch des Alltagslebens an der Heimatfront hing mit einer Viel-

zahl innerstädtischer großer Demonstrationen zusammen.⁵ Besonders in Berlin und in Leipzig, aber auch in vielen weiteren Städten hat es 1917 solche Demonstrationen gegeben, so etwa (um ein spezielles Beispiel zu erwähnen) in der im Wesentlichen von der Textilindustrie geprägten Stadt Wuppertal-Barmen am 26. Februar 1917, als etwa zehntausend Menschen, darunter auch Soldaten, die auf Urlaub waren, vor das Rathaus zogen, Lebensmittel einforderten, die umliegenden Lebensmittelläden plünderten und Häuser reicher Bürger beschädigten. Drei Kompanien mit etwa sechshundert Soldaten schlugen daraufhin diesen Aufstand nieder. Ein Grund für diesen Aufstand war das Gerücht gewesen, für Barmen vorgesehene Kartoffellieferungen seien zur Besänftigung von streikenden Arbeitern deshalb ins Ruhrgebiet geleitet worden, weil diese dort in der Rüstungsindustrie beschäftigt waren. Zwar waren im Ruhrgebiet ebenfalls Ernährungsprobleme ein Streikgrund, aber nicht nur, denn seit Ende 1916 eskalierten dort umfangreiche Streiks aus weiteren Gründen vor allem in den Industriezweigen, deren Produkte für die Kriegsführung bedeutsam waren. So war es zum Beispiel im Ruhrgebiet in 31 Zechen mit 13.000 Bergleuten zu einem Aufstand gekommen, bei dem nicht nur Ernährungs-, Arbeitszeit- und Lohnfragen im Mittelpunkt standen, sondern jetzt auch Forderungen nach einem gleichen Wahlrecht, nach einer inneren politischen Neugestaltung und einem sofortigen Frieden. Unüberhörbar, so hieß es zum Teil schon im Frühjahr 1917 in der Presse, grolle es im Deutschen Reich an vielen Stellen in der Tiefe. Selbst in Köln brach damals ein größerer Streik aus, der allerdings durch geschickte Verhandlungen des damaligen Oberbürgermeisters Konrad Adenauer bald beendet werden konnte. In vielen der Streiks im Laufe des Jahres 1917 waren es vor allem Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaft und Angehörige der im April 1917 neugegründeten USPD, die die Initiatoren waren. Die zunehmende Radikalisierung der Streiks führte dann ab Sommer 1917, wie schon – bezogen auf Wuppertal-Barmen – erwähnt, zu erheblichen polizeilichen Eingriffen und zu Festnahmen von vie-

len Akteuren, die dann meist sofort an die Front geschickt wurden. Nicht zuletzt auch sogenannte „halbwüchsige junge Burschen“, das heißt Jugendliche aus sozialdemokratischen Jugendvereinen waren es, die sich bei den Streiks und Krawallen intensiv beteiligten, was dann zu Einweisungen in Fürsorgeerziehungsanstalten oder zu einer längeren Haftstrafe führen konnte. Neben den Jugendlichen beteiligten sich übrigens in zunehmender Zahl an den Aufständen auch junge Frauen, die dann oft für einige Zeit ebenfalls ins Gefängnis gerieten. Eine spezielle behördliche Deutung der Gründe für dieses „Grollen aus der Tiefe“ lautete im Frühjahr 1917 dann folgendermaßen: Von außen hereinsickernde Berichte über eine in Russland beginnende Revolution seien es gewesen, die – so hat es damals etwa das Düsseldorfer Regierungspräsidium behauptet – für eine höchst „bedenkliche Rückwirkung auf die Geistesverfassung der radikal gesinnten Teile der Arbeiterschaft“ in Deutschland ausschlaggebend gewesen seien.

Mit Blick auf die massiven neuen Problemfelder des Jahres 1917, hier exemplarisch mit den Problemen der Nahrungsmittelversorgung und mit den vielfältigen öffentlichen Demonstrationen angesprochen, ist *drittens* die Frage zu stellen, wie eigentlich damalige bildungsbürgerliche Kreise mit den Herausforderungen dieses Jahres umgegangen sind bzw. wie sie darauf reagiert haben. Über eine beträchtliche Vielfalt von Aktivitäten ließe sich jetzt berichten, doch soll nach einigen Hinweisen auf eine recht spezielle Initiative in dieser Richtung abschließend lediglich noch etwas ausführlicher die Hochschullandschaft im Deutschen Reich angesprochen werden. Der Kriegseintritt der USA im April 1917 war es, der den vor allem in lebensreformerischen und in jugendbewegten Kreisen aktiven Jenaer Verleger Eugen Diederichs (1867–1930) – angeregt auch durch den bekannten Heidelberger Soziologen Max Weber (1864–1920) – auf die Idee gebracht hatte, ca. sechzig Universitätsprofessoren, Politiker und Künstler zu einer Tagung Ende Mai 1917 auf Burg Lauenstein in Oberfranken einzuladen: Seine Erwartung war, dass es dort gemeinsam gelingen könne, sich angesichts des

inzwischen deutlichen Zerfalls des bisherigen innerdeutschen „Burgfriedens“ über „Sinn und Aufgabe unserer Zeit“ (so das Thema der Tagung) zu verständigen und gemeinsam eine zukunftsgerichtete fortschrittliche und offene „deutsche Geistigkeit“ zu entwickeln.⁶ Anwesend war bei dieser Tagung neben Max Weber z.B. Werner Sombart, Gertrud Bäumer, Ferdinand Tönnies, Ernst Toller und vielen anderen auch der damals 33-jährige Theodor Heuss, der rückblickend zu dem Treffen festgestellt hat, die etwa sechzig Anwesenden „unterschiedlichster Art“ hätten sich in den Diskussionen „die Köpfe über den deutschen Staat zerbrochen“. Das Urteil „zerbrechen“ lässt sich durchaus auf das Gesamtergebnis dieser und anschließend einer zweiten Lauenstein-Tagung Ende September anwenden: Es kam nämlich auch nicht annähernd, wie es sich Diederichs erhofft hatte, zu einer einvernehmlichen Festlegung klassen- und konfessionsübergreifender kultureller Strategien, sondern nach erheblichen Auseinandersetzungen, aufgelöst u.a. vor allem durch eine Kontroverse zwischen Max Weber und dem protestantischen Geistlichen Max Maurenbrecher (1874–1929). Von einer gemeinsam beschlossenen „deutschen Kulturmission“ und einer „außerparlamentarischen Vorwegnahme“ in Richtung Nachkriegszeit war keine Rede, im Gegenteil! Stattdessen trafen hier bereits jene politischen Richtungen aufeinander, die dann konfliktreich die Weimarer Republik bestimmen sollten, hier vertreten durch völkisch-nationalrevolutionäre, bürgerlich-demokratische und linkssozialistisch orientierte Kreise!

Bemerkenswert ist dabei, dass bis auf das USPD-Mitglied Ernst Toller (1893–1939) die meisten Wortführer auf Burg Lauenstein zur Altersgruppe der um 1870 Geborenen gehörten. Zwar wurde mehrfach auch die Einbeziehung der jungen Generation angekündigt und gefordert, doch hielten sich abgesehen von Toller die wenigen anwesenden jungen Leute, geboren um 1890, zurück: Einer von ihnen war einer der Hauptakteure des berühmten jugendbewegten Treffens vom Herbst 1913 auf dem Hohen Meißner bei Kassel gewesen: Knud Ahlborn (1888–1977). Er war

Anfang August 1917, also kurze Zeit nach dem Treffen auf Burg Lauenstein, einer der Mitorganisatoren eines „Westdeutschen Jungentages“ auf der Loreley am Rhein, bei dem sich über sechshundert junge Leute aus dem Wandervogel und der Freideutschen Jugend versammelten.⁷ Ihnen ging es ausdrücklich um eine deutliche Zurückweisung einerseits der autoritären Forderungen staatlicher Institutionen, andererseits aber auch um die Abwehr der Bestrebungen mancher Akteure aus der älteren Generation, die z.B. bei dem Treffen auf Burg Lauenstein fordernd aufgetreten waren, die junge Generation in ihren Bann zu ziehen. Stattdessen betonten die Wortführer des Treffens auf der Loreley ausdrücklich die selbstbestimmte Wahrung der persönlichen Entscheidungsfreiheit, damit nach den negativen Entwicklungen in den Jahren seit Kriegsbeginn in Zukunft in den jugendbewegten Gruppen wieder – so ist es dann nach dem Loreley-Treffen rückblickend Ende 1917 formuliert worden – „aus lebenswarmem Wechselspiel von Mensch zu Mensch uns allen die Kraft erwachse, wir selbst zu sein.“ Eine klare „Abkehr von den trägen Gewohnheiten der Alten“ und „der Wille zu einer neuen Lebensgestaltung“ seien die notwendigen Voraussetzungen für die Entstehung eines „mutigen, tatentschlossenen jungen Geschlechts, dessen die Zukunft bedarf.“⁸

Mit Blick auf die bisher skizzierten Beispiele stellt sich die Frage, wie die Professorenschaft an den deutschen Universitäten auf jene Herausforderungen des Jahres 1917 reagiert bzw. wie sie darauf einzuwirken versucht hat. Das weitgehend euphorisch erlebte „Augusterlebnis“ von 1914 war zunächst von der überwiegenden Zahl der Hochschullehrer mit der Erwartung eines baldigen deutschen Sieges verbunden, der dann „für die ganze Kultur Europas ein Heil“ erbringen werde – erkämpft durch „den deutschen ‚Militarismus‘, die Manneszucht, die Treue, den Opfermut des einträchtigen freien deutschen Volkes.“⁹ Viele Professoren unterstützten in der Folgezeit die „Alldeutsche Bewegung“, die in Form einer radikalen „Kriegszieleuphorie“ in großem Umfang Expansionen z.B. in Osteuropa und in den

afrikanischen Kolonien erwarteten. Darauf bezogen begann aber ab Mitte 1915 eine Gegenbewegung unter den Professoren, von denen siebzig, darunter u.a. Gustav Schmoller, Ferdinand Toennies, Albert Einstein sowie Alfred und Max Weber, in einer Gegendenkschrift einen „Verständigungsfrieden“ befürworteten.¹⁰ Die weitere Entwicklung und besonders die Verhältnisse seit Beginn von 1917 führten dann jedoch zu einer deutlichen Kluft zwischen den Radikalen und den Gemäßigten, die dann im Sommer 1917 in einem endgültigen Bruch innerhalb der deutschen Professorenschaft endete: Die Unterstützung einer rücksichtslosen Kriegsführung zwecks Wiederherstellung der brüchig gewordenen Verhältnisse an der „Heimatfront“, die vor allem dann die im September 1917 gegründete „Deutsche Vaterlandspartei“ vertrat, stand dem Bestreben der liberalen Reformer entgegen, die einerseits eine umfassende Parlamentarisierung des politischen Systems und andererseits einen „Verständigungsfrieden“ forderten.

Was das konkrete damalige Selbstbild vieler Professoren angeht, so bewirkten die Verhältnisse ab 1917 vor allem erhebliche „Umbruch- und Verlusterfahrungen“ im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Wahrnehmung und Funktion bis hin übrigens auch zu einem deutlichen Rückgang ihres Realeinkommens. Eine immer intensiver werdende Suche nach Handlungsstrategien in den jetzt erkannten neuen wissenschaftlich-gesellschaftlichen, pädagogischen und auch wirtschaftlichen Betätigungsfeldern war die Folge – dies vor allem mit Blick auf die zu erwartenden Verhältnisse nach Kriegsende. Diese Folge der Weltkriegserfahrungen hat, so lässt sich aus der Rückschau feststellen, in der Hochschullandschaft zu einer deutlich zunehmenden Überwindung der vorherigen geistigen Stagnation und Zersplitterung geführt und war – so das Urteil von Gerhard Hirschfeld – für nicht wenige deutsche Gelehrte und Hochschullehrer die ersehnte Möglichkeit, zu einer neuen „Nationalkultur“ zu finden.¹¹ Das bedeutete gleichzeitig, dass diese Personen nun wieder verstärkt eine Rolle als zentrale Initiatoren für gesellschaftliche Reformen und eine innovative Be-

wältigung ökonomischer Probleme zu spielen begannen. Im Hinblick auf die von ihm beklagte bisherige intellektuelle Beliebigkeit eines „ästhetisierenden Individualismus“ im Hochschulbereich beurteilte deshalb der Soziologe und Philosoph Georg Simmel (1858–1918) Ende 1917 die nun zu erwartenden Reformen als das wohl größte und von ihm auch ausdrücklich begrüßte „absolute Ereignis“ der neueren Geschichte.¹²

Angesichts des nun hundertjährigen Bestehens der im Laufe des Jahres 1917 vorbereiteten und dann am 21. Februar 1918 definitiv erfolgten Gründung der „Gießener Hochschulgesellschaft“ stellt sich die Frage, welche speziell auf Gießen bezogenen Herausforderungen des „Wendjahres 1917“ es waren, die die maßgeblichen Initiatoren, allen voran den Germanisten Otto Behagel (1854–1936) sowie seine Kollegen, z.B. den Agrarwissenschaftler Paul Gisevius (1858–1935) und den Rechtsanwalt Wilhelm Grünwald (1859–1925) sowie die übrigen etwa neunzig Mitgründer herausgefordert und motiviert haben, eine „Förderergesellschaft“ zu schaffen. Ziel dieser Gesellschaft sollte es sein, mit der Universität Gießen im Hinblick auf die Epoche nach dem erwarteten „sicheren militärischen Sieg“ eine „Führerrolle bei der gewünschten geistigen Mobilmachung“ in Deutschland zu übernehmen und nicht zuletzt auch den dann zu erwartenden „Wirtschaftskrieg mit dem Ausland“ siegreich zu bestehen – so Gisevius Anfang 1918, der in der Gründungsversammlung ausdrücklich betont hatte: „Je mehr wir rein wissenschaftlich arbeiten, umso reifere Früchte erntet auch die Volkswirtschaft aus unserem Tun.“¹³ Viele Informationen über die Entstehungsphase der Hochschulgesellschaft vor Ort und auch im damaligen Zusammenwirken z.B. mit Marburg und Heidelberg sind in der gründlichen Studie von Andreas Anderhub (s. Anmerkungen) nachzulesen. Ein „neuer Optimismus“, so heißt es dort, habe zu diesem Zeitpunkt nachdrücklich das breite Engagement dieser „Fördergesellschaft“ bestimmt – dies mit ihren bereits kurze Zeit nach Gründung über vierhundert Mitgliedern, darunter einigen bemerkenswerten Geldspendern.¹⁴

Noch einmal Gisevius 1918, rückblickend auf die Impulse des Wendjahres 1917:

„Der Geist, der von unseren Universitäten ausging, hat unser ganzes Volk durchdrungen. (...) Die geistige Kraft des ‚Volkes der Denker‘ wird uns auch in der nächsten Zukunft stark dazu machen, alle kommenden Aufgaben glatt zu lösen. (...) Auch den Universitäten steht eine neue Blütezeit bevor, so auch unserer Gießener Landesuniversität.“¹⁵

Dass die weitere Entwicklung der Hochschulgesellschaft in der Weimarer Republik dann allerdings zum Teil keineswegs so positiv wie erhofft verlaufen ist und die darauf folgende Zeit des Nationalsozialismus eine besonders krasse Herausforderung mit diversen negativen Folgen darstellte, ehe es nach 1945 dann definitiv gelang, die oben zitierten grundsätzlichen Ziele der Gesellschaft bis heute jeweils zeitbezogen-zeitkritisch mit viel Erfolg und mit Blick auf die aktuellen „Erwartungshorizonte“ in die Tat umzusetzen, gehört zum Selbstbild und zur facettenreichen Selbsthistorisierung der nun seit hundert Jahren bestehenden „Gießener Hochschulgesellschaft“.

Anmerkungen:

¹ Zitat aus einem Interview mit Sönke Neitzel 2017, zitiert in dem grundlegenden Aufsatz zum Thema 1917 von Christoph Dipper: Das Jahr 1917 und die Periodisierung des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 2018, Heft 1/2, S. 86–99, dort S. 97 und 99. Siehe auch Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, Kapitel VI: „Expansion und Erosion 1917“ (S. 615–805, s. dort bes. das Unterkapitel „41 Monate Krieg: das ‚unmögliche Jahr‘ zwischen Utopienkonkurrenz und Friedensillusion“, S. 796 ff.).

² Theodor Lessing: Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen, München 1983, S. 63; s. dazu Rainer Marwedel: Theodor Lessing 1872–1933. Eine Biographie, Darmstadt/Neuwied 1987, bes. S. 146 ff.

³ Aus dem Tagebuch von Kessler, Eintragung vom 31. 12. 1917, zit. nach J. Leonhard, S. 796.

⁴ Leonhard, S. 771.

⁵ Zum Folgenden s. Jürgen Reulecke: Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: ders. (Hg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974, S. 205–239, bes. S. 213 ff.

⁶ S. zu den Lauenstein-Treffen demnächst Meike G. Werner (Hg.): Die Ideen von 1917. Debatten auf Burg

Lauenstein über die Neuordnung Deutschlands nach dem Krieg, Göttingen 2018 (= Marbacher Schriften, Neue Folge), z. Zt. im Druck!

⁷ S. zum Loreley-Treffen 1917: „Westdeutscher Jugentag – ein lichtvoller Ausblick“, in: Dokumentation der Jugendbewegung II: Die Wandervogelzeit, hg. von Werner Kindt, Düsseldorf/Köln 1968, S. 595 ff.

⁸ „Rundbrief an Wandervögel“ (Neujahr 1918), ebd., S. 828 ff.

⁹ Zitat aus einer von über dreitausend Hochschullehrern unterzeichneten Erklärung vom 16. Oktober 1914, s. dazu Gerhard Hirschfeld: Deutsche Professoren im Ersten Weltkrieg, in: Ingo Runde (Hg.): Die Universität Heidelberg und ihre Professoren während des Ersten Weltkriegs, Heidelberg 2017, S. 68.

¹⁰ S. dazu und zum Folgenden Hirschfeld, ebd. S. 72 f.

¹¹ Ebd., S. 76.

¹² Georg Simmel: Der Krieg und die geistigen Entscheidungen, München/Leipzig 1917; s. dazu Wolfgang J.

Mommsen: Bürgerliche Kultur und künstlerische Avantgarde, 1870–1918, Berlin 1994, S. 124 f., außerdem Hirschfeld, S. 76.

¹³ Zit. aus einem Bericht aus dem Jahre 1918 über die Gründung der Gesellschaft; s. ausführlich dazu die Studie von Andreas Anderhub: Das Antoniterkreuz in Gießen. Zur Geschichte der Universität Gießen während des Ersten Weltkriegs, Gießen 1979, bes. Kap. 7: Die Universität auf der Suche nach neuen Zielen, S. 48 ff., hier zit. S. 55, Anm. 29.

¹⁴ Anderhub ebd., S. 55.

¹⁵ Zit. ebd., Anm. 31.

Kontakt:

Juergen.Reulecke@geschichte.uni-giessen.de